

**Übersetzung Chrsitina Gerdts und Moritz Hartnagel, pbi**

**Stiftung für Menschenrechte Nydia Érika Bautista**

Pressemitteilung – Bogota, Kolumbien, 18.September 2014

„Ich weise die Verleumdungen des Ex-Präsidenten Uribe ausdrücklich zurück!“

„Wir, die Opfer von Verbrechen von Staatsbediensteten haben das Recht den Frieden in Kolumbien mitzugestalten und nicht für unseren Kampf um Gerechtigkeit stigmatisiert zu werden.“

Während der am 18.9.2014 im kolumbianischen Parlament durchgeführten Debatte über Paramilitarismus, hat der vorgeladene Ex-Präsident Álvaro Uribe schwere Verleumdungen gegen VertreterInnen von Opfern von Staatsverbrechen, die zu den aktuell statt findenden kolumbianischen Friedensverhandlungen, nach Kuba eingeladen wurden, geäußert. So wurde Yaneth Bautista, Angehörige eines Opfers von gewaltsamem Verschwindenlassen durch kolumbianische Militärs, von Uribe als „Aufständische, nicht demobilisiertes Mitglied der ELN Guerilla“ bezeichnet.

Diese verleumderischen Anschuldigungen summieren sich zu drei von Frau Bautista erhaltenen Droh- Emails vom 8. und 9. September 2014 unterschrieben durch die paramilitärische Gruppe der Águilas Negras (Schwarze Adler), in der sie auf eine “Todesliste” gesetzt wurde, zusammen mit insgesamt 91 Menschenrechts-VerteidigerInnen in Kolumbien.

“Dies ist ein Akt der Grausamkeit gegen die Frauen und die Opfer, der zum Ziel hat, unsere Stimme und unsere Anklagen -im Rahmen des Runden Tisches der Friedensverhandlungen und außerhalb- gegen die Verantwortlichen des Gewaltvollen Verschwindenlassens von Nydia Érika Bautista zum Schweigen zu bringen. Verantwortlich für das Verbrechen sind hohe Offiziere und Unteroffiziere der III. und XX. Brigade von Bogota, die Nydia Érika entführt, gefoltert und ermordet haben. Und deshalb haben wir vor zwei Wochen einen Antrag auf Revision beim Obersten Gerichtshof eingereicht, damit die Strafverfolgung nach drei Jahrzehnten der Straflosigkeit gegen die Verantwortlichen wiederaufgenommen wird”, sagte Yaneth Bautista, Vorsitzende der Stiftung für Menschenrechte Nydia Érika Bautista.

Für die Angehörigen der Gewaltsam Verschwundenen will “der Expräsident Uribe zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen”. Einerseits will er “die Friedensverhandlungen sabotieren, indem er den Ruf und die Glaubwürdigkeit der Opfer, die daran teilnehmen in den Schmutz zieht. Und andererseits will er uns zum Schweigen bringen, damit die Verantwortlichen für die Verbrechen des Gewaltamen Verschwindenlassens nicht vor Gericht gestellt werden,” So Yaneth. Dieser Gedanke sticht aus dem Präludium der Stigmatisierungen des Expräsidenten hervor, in dem er auf das Konzept der „Kombination aller Formen des Kampfes“ verweist, auf die „Ehre der Streitkräfte“, die befleckt würde durch den „Vergleich der Streitkräfte mit den Terroristen“. Und durch das Gesetzesvorhaben seiner Partei Centro Democrático (Demokratische Mitte), durch das ein Tribunal geschaffen werden soll, dass den Funktionären des Staates, die um Rahmen des bewaffneten Konflikts Menschenrechtsverletzungen begangen haben, Straffreiheit gewährt.

Wir ersuchen die Generalstaatsanwaltschaft den Fall gründlich zu untersuchen, um die Welle von Bedrohungen und Stigmatisierungen gegen Yaneth Bautista und andere Mitglieder der Stiftung Nydia Érika Bautista – vor und nach ihrer Reise nach Kuba – aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Den aktuellen Stigmatisierungen und Verleumdungen gehen zahllose Beispiele von Verfolgung voraus, die nie richtig untersucht wurden.